

Die Nationalversammlung in Weimar 1919



ThHStAW, Fotosammlung

Am 9. November 1918 hatte der Aufstand der Matrosen und Soldaten Kaiser Wilhelm II. und mit ihm alle Monarchen im Deutschen Reich zur Abdankung gezwungen. Als Übergangsregierung fungierte seit dem 10. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten, dem Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg von den Mehrheits-Sozialdemokraten (MSPD) sowie zunächst die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth angehörten. Wegen Streitigkeiten, besonders im Hinblick auf die künftige Stellung der Armee verließen die USPD-Angehörigen den Rat der Volksbeauftragten und wurden durch Gustav Noske und Rudolf Wissell von der MSPD ersetzt. Der Rat der Volksbeauftragten beschloss am 30. November 1918 Wahlen zu einer Nationalversammlung und setzte diese für den 19. Januar 1919 an. Da der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte diesem Beschluss der provisorischen Regierung mit großer Mehrheit zustimmte, schien die Gefahr einer Räterepublik nach sowjetischem Vorbild gebannt und der Weg zu einer demokratischen Verfassung geebnet.

Die radikale Linke, USPD und die Spartakisten, aus denen zur Jahreswende 1918/1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging, hatte allerdings die Entmachtung des Militärs, Sozialisierung der Schlüsselindustrien sowie eine Räterepublik als künftige gesamtdeutsche Regierungsform angestrebt. Sie machte daher Front gegen die Politik der regierenden SPD, den Weg in eine bürgerliche Demokratie unter Einbeziehung der alten Kräfte in Verwaltung Industrie und Militär zu sichern. Von Dezember 1918 an bis in das darauffolgende Frühjahr hinein kam es in Berlin zu mehreren Aufständen, bei denen zahlreiche Menschen ihr Leben verloren und Regierungsgebäude von den Putschisten besetzt wurden.

Weimar erschien in dieser Situation als Tagungsort für die Nationalversammlung geeignet, da es weit genug vom politisch unruhigen Berlin entfernt war. Die überschaubare Stadt an der Ilm war auch durch Regierungstruppen leichter abzusichern als die Reichshauptstadt. Weimar lag zentral in der Mitte des Deutschen Reichs und verfügte weiterhin über eine gute Anbindung an den Zugverkehr. Zusätzlich wurde am 5. Februar 1919 zwischen Weimar und Berlin die erste Post- und Verkehrsflugverbindung in Deutschland aufgenommen. Die Umbenennung des vormaligen Großherzoglichen Hoftheaters in *Deutsches Nationaltheater Weimar* hatte der Intendant Ernst Hardt bereits am 19. Januar 1919, dem Tag der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung, verkündet.

Unter dem Eindruck der Millionen Kriegstoten des verlorenen Ersten Weltkriegs und der sich anschließenden blutigen Straßenkämpfe beschwor die Weimarerische

Zeitung die Abgeordneten am 6. Februar 1919 auf der Titelseite „Zur Begrüßung der Nationalversammlung“:

*Laßt ab vom Streit
Und Hader der Parteien!
Wir sahen lang' genug
Die Brüder sich entzweien, ...*

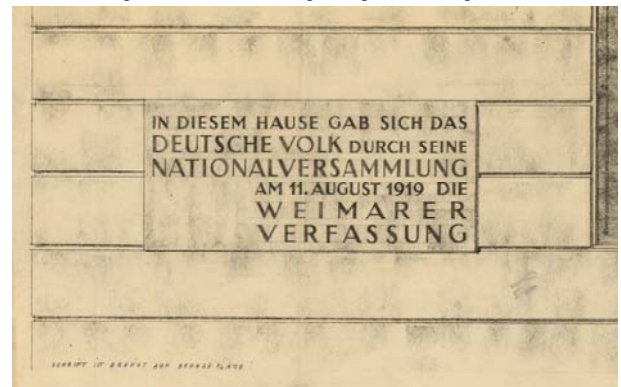
Aus der Wahl war die Mehrheits-SPD im Januar 1919 als stärkste Partei (37,9 % / 165 Sitze) hervorgegangen, gefolgt vom Zentrum (19,7 % / 91 Sitze) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP 18,6 % / 75 Sitze). Sie hatten zusammen mit 331 von 423 Sitzen eine regierungsfähige Mehrheit und bildeten später die sogenannte „Weimarer Koalition“. Erstmals hatten bei dieser Wahl in Deutschland Frauen auf nationaler Ebene das aktive wie das passive Wahlrecht ausüben dürfen.

Die Nationalversammlung als Legislative wählte Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten. Dieser beauftragte Philipp Scheidemann mit der Bildung einer Regierung, bestehend aus den Parteien der „Weimarer Koalition“.

Überschattet wurden die Verhandlungen in Weimar durch die Schwere der Friedensbedingungen. Von den siegreichen Alliierten wurde Deutschland zudem die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs angelastet. Vergeblich hatten sich Friedrich Ebert und andere durch die Wahl Weimars als Zentralort des deutschen Humanismus zum Tagungsort anstelle des preußisch-militärisch geprägten Berlin eine positive Signalwirkung auf die Bedingungen der Alliierten für den Friedensvertrag versprochen. Da diese nun im Falle eine Ablehnung sogar ultimativ mit der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen drohten, dem Deutschland militärisch nichts mehr entgegen zu setzen hatte, ratifizierte die Nationalversammlung am 9. Juli 1919 notgedrungen den Versailler Vertrag.

Die von dem liberalen Staatsrechtler Hugo Preuß entworfene Weimarer Verfassung war als ein Kompromiss zwischen den Positionen der Sozialdemokraten und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern von der DDP und dem Zentrum entstanden. Nach wesentlichen Änderungen an dem Entwurf nahm die Nationalversammlung die Verfassung am 31. Juli 1919 mit 262 zu 75 Stimmen an. Zahlreiche Abgeordnete waren der Abstimmung aus Protest gegen den "Kompromisscharakter" der Weimarer Verfassung ferngeblieben, deren Grundzüge jedoch bis in unser heutiges Grundgesetz hineinwirken sollten. Mit der Festlegung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 1) erhob die Verfassung von nun an das Volk zum Souverän.

Die Weimarer Verfassung wurde am 11. August 1919 von Reichspräsident Friedrich Ebert im thüringischen Schwarzburg unterzeichnet, wo er nach dem Verhandlungsmarathon für einige Tage Erholung suchte.



Entwurf des Bauhaus-Begründers Walter Gropius für eine Erinnerungstafel am Deutschen Nationaltheater (ThHStAW, Thür. Volksbildungsministerium C, Nr. 135)